

Den plötzlichen Anforderungen des Pluralismus kann
eine Festungsmentalität nicht gerecht werden

Christliches Handeln in den neuen Ländern

Wilhelm Ernst

Wer mit der Geschichte und der Geografie des Gebietes vertraut ist, das von Kap Arkona im Norden der Ostseeinsel Rügen bis zum Erzgebirge im Süden und von Oder und Neiße im Osten bis zu Elbe und Werra im Westen reicht, weiß, dass es einst Vorposten und Bollwerk der Missionierung des Christentums zum Osten hin gewesen ist, dass hier gewaltige Dome, herrliche Kirchen und altehrwürdige Klöster von der Geschichte christlicher Kultur, christlicher Kunst und christlichen Lebens Zeugnis geben und dass hier große heilige Frauen und Männer gelebt und gewirkt haben, deren Geisteskraft, Spiritualität und Glaubenstiefe wir in der katholischen Kirche erst gerade wieder neu entdecken: in alten Denkmälern und in Bibliotheken von Klöstern, Schlössern und Universitäten und in erinnernden Berichten und Legenden aus alten Zeiten.

Dieses Gebiet wurde dann zum Ursprungs- und Stammland der Reformation und des Protestantismus mit der Folge des Niedergangs der katholischen Tradition (bis auf das Sorbenland und das Eichsfeld) zu einem Land, in welchem Katholiken trotz allen Selbstbewusstseins, das Diasporakatholiken eigen ist, bis in die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts als zweitrangig

galten („Du bist wohl katholisch“ bedeutete „Du bist wohl doof“), was wohl weithin auch mit der Stellung der Landarbeiter aus dem Osten (Polen und Oberschlesien) zusammenhing; diese haben als Saisonarbeiter auf den großen Gütern gearbeitet und bekamen keinerlei Zugang zu Schule, höherer Bildung oder zu besseren Positionen, es sei denn, dass ganze katholische Gemeinden aus dem Rheinland oder aus Westfalen in diesen Raum hineingesiedelt worden waren und eine feste kirchliche und politische Gemeinschaft gebildet hatten. Teile davon gibt es in Mecklenburg bis heute. Ansonsten war es erfahrungsgemäß so, dass Katholiken, die in die Diaspora kamen, meistens in der zweiten, spätestens aber in der dritten Generation nicht mehr katholisch beziehungsweise nicht mehr christlich waren. Der Katholizismus in diesem Land konnte sich nie selbst tragen, er konnte nur überleben, wenn immer wieder Katholiken aus anderen Gegenden zuzogen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden große Ströme von katholischen Vertriebenen in dieses Gebiet dirigiert, so dass die 1,1 Millionen Katholiken von 1939 auf 2,8 Millionen im Jahre 1950 (und damit auf dreizehn Pro-

zent der Bevölkerung) anwachsen. Katholiken, die in dieses Land vertrieben wurden, wussten, dass es als Diaspora und als fremdes Land nicht nur ein den traditionellen, andernorts gelebten Glauben auszehrendes Land war, das für viele Menschen, die aus dem östlichen Katholizismus kamen, gar nicht Heimat werden konnte und sollte und es auch nicht wurde. Es wurde zum totalitär regierten Durchgangsland. So gab es viele Gründe dafür, dass in mehreren großen Wellen Millionen von Menschen in den Westen gingen und viele zunehmend auch unter dem Druck der Partei, aus Gleichgültigkeit, aus Opportunismus oder aus mancherlei Gründen dem Zeitgeist verfallend nicht mehr zur Kirche gehören wollten und den Glauben, wie in der Umwelt üblich, einfach aufgaben. In zunehmender Zahl wurden die Kinder nicht mehr getauft und bekamen den Glauben erst gar nicht mehr von ihren Eltern geschenkt. Vor dem Mauerbau waren hier 1961 noch 1,7 Millionen Katholiken, 1988 waren es noch rund eine Million, heute ist diese Zahl um ein weiteres Fünftel auf 800 000 gesunken. Es leben hier gerade noch bis zu fünf Prozent Katholiken. Das scheint der Prozentsatz zu sein, der sich jetzt stabilisiert.

Einen besonders großen Schwund an Mitgliedern erlebte die evangelische Kirche, deren Zahl, wie protestantische Kirchenhistoriker feststellen, in den drei großen Schüben der Entkirchlichung, zuerst im neunzehnten Jahrhundert, dann verstärkt im Nationalsozialismus, das heißt in den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts, und noch einmal im Sozialismus der DDR-Zeit, rapide abnahm. Nach neuesten Umfragen glauben rund 75 Prozent der Menschen in diesem Land nicht an Gott. Soziologische Untersuchungen zu dieser Entwicklung stellen heraus, dass in keinem früheren Ost-

blockland, selbst nicht im Albanien der Christenverfolgung, der Glaube in einer einzigen Generation so geschwunden und wohl auch so bleibend verloren gegangen ist wie in Ostdeutschland, das unter den früheren Ostblockländern als einziges beinahe flächendeckend protestantisch gewesen war.

Bevor auf die Herausforderungen und Chancen eingegangen werden kann, die sich angesichts dieser Entwicklung stellen, soll hier kurz zur Sprache gebracht werden, wie die Herrschenden der DDR ihre DDR und die Beziehung von Staat und Gesellschaft zu Religion, Glaube und Kirche verstanden und von welchem Selbstverständnis die Kirche sich beim Wirken in diesem Lande leiten ließ.

Das sozialistische Verständnis von Staat und Gesellschaft gründet, wie es in dem 1987 von der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD herausgegebenen Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ heißt, auf der Ideologie der marxistischen Gesellschaftstheorie und auf der Weltanschauung des dialektischen Materialismus. Diese dem Kapitalismus der westlichen Welt diametral entgegengesetzte Theorie, die nach Auffassung der Vertreter der DDR erst im Kommunismus verwirklicht ist, werde sich im Streit der Ideologien gesetzmäßig durchsetzen – so die Gewissheit der dialektischen Materialisten – und den Sieg davontragen. Religion, Glaube und Kirche gelten als veraltet, bringen keinerlei menschlichen Gewinn und müssen deshalb als überholt und schädlich bekämpft werden, was durch ideologische und politische Maßnahmen zu geschehen habe, damit die wahre Freiheit des Sozialismus sich schneller gegen den Druck ver-

alteter und die Freiheit einengender religiöser und kirchlicher Doktrinen durchsetzt. Der Prozess der Entwicklung des Sozialismus zu seiner Vollendung im Kommunismus sei, wie der SED-Chefideologe Kurt Hager am 28. Oktober 1987 betonte, schon weit fortgeschritten. Dieses würde sich, wie auch die DDR-Gesellschaftswissenschaftler zum gleichen Zeitpunkt feststellen, in Folgendem manifestieren: Das Staatsgebiet ist nach außen hin gesichert; die Existenz der DDR als sozialistischer Staat ist weithin anerkannt; der Staat als Machtinstrument zur Durchsetzung des Sozialismus ist in der Hand des Volkes, so dass eine innere Revolution widersinnig wäre; im Innern sind auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse beherrschend geworden, und die Gesellschaft besteht nur noch aus befreunden Klassen und Schichten, die unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei den Sozialismus verwirklichen und stolz auf seine Errungenschaften sind. Das Einzige, was noch fehle, so hieß es damals, sei die Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft durch die Regierung der Bundesrepublik, womit die Zweitstaatlichkeit in Deutschland vollendet worden wäre. Das könne aber wohl nur mit der SPD erreicht werden und stand ja bei ihr tatsächlich auch kurz bevor. Dieses Werden und Wachsen der DDR, so war zum 35. Jahrestag der DDR im Parteiorgan *Neues Deutschland* zu lesen, entspreche dem Gesetz der Weltgeschichte. Der Staat der DDR ist der „sozialistische Staat des ganzen Volkes“. Mit dieser Interpretation konnte man sich in dem bestätigt fühlen, was in den fünfziger Jahren schon Walter Ulbricht erklärt hatte, als er öffentlich verkündete, von der DDR könne man in der Tat mit Johann Wolfgang Goethe sagen: „Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!“

Was bei alledem verschwiegen wurde, ist die Tatsache, dass zu der Zeit, als diese Konvergenzgespräche zwischen SPD und SED stattfanden, die Glaubwürdigkeit von Partei und Staat in der Gesellschaft nicht nur stark hinterfragt und angezweifelt, sondern durch verschiedene Flucht-, Ausweisungs- und Ausreisewellen faktisch delegitimiert worden war. Auch den Verantwortlichen an der Spitze war durchaus bewusst, dass sich viele Menschen zunehmend vom Marxismus-Leninismus und der Indoktrination des dialektischen Materialismus abwandten und lieber einem praktischen Materialismus oder gar dem Nihilismus oder Existenzialismus zuneigen würden, der ein höheres Maß an Freiheit und Selbstbestimmung versprach.

Sozialistischer Konsens

Die Gespräche zwischen SED und SPD von 1987 verliefen bereits in einer Atmosphäre der ideologischen Unsicherheit und im Zeichen einer vorsichtigen Öffnung zu einer Respektierung und Anerkennung auch anderer Überzeugungen und Wertvorstellungen bis hin zu christlichen Einstellungen und Haltungen. Unverkennbar gab es auch Versuche zur Annäherung an die Kirchen, besonders an die evangelischen. Unrückbar gültig blieb aber, dass alle neuen Entwicklungen immer nur auf der Grundlage des Marxismus, der sozialistischen Prinzipien und der Ablehnung des Kapitalismus geschehen durften. Die sozialistischen Grundsätze und die gesellschaftlichen Errungenschaften mussten auf jeden Fall erhalten werden. Darin stimmten die Parteimitglieder der SED auch mit breiten Teilen der damals entstandenen oppositionellen Bewegungen und mit den führenden Leuten aus den Bürgerrechtsbewegun-

gen überein, die zwar den Schutz der Kirchen, aber nicht die Kirchen gesucht hatten und in deren Beiträgen man bis heute immer wieder lesen kann, dass sie einen sozialistischen Staat und eine sozialistische Gesellschaft wollten und immer noch daran leiden, dass dieses Ziel mit der friedlichen Revolution nicht erreicht worden ist. Wie sehr auch diese Bewegungen die innere Opposition in der DDR gestützt und dadurch in verdienstvoller Weise den Prozess der friedlichen Revolution befördert haben, so kamen doch alle Bemühungen zur Erhaltung der DDR und der Entwicklung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu spät. Die Menschen wollten Freiheit statt Sozialismus und waren nicht mehr bereit, in diesem real existierenden sozialistischen System zu leben. Sie wählten dann ja auch den Beitritt zur freiheitlichen Demokratie, die ihnen bis dahin verschlossen war. Der Sozialismus war, nachdem er in den Seelen der Menschen verheerende Verwüstungen angerichtet hatte, praktisch gestorben, blieb aber theoretisch bei vielen lebendig, und er ist es bis heute. Er lebt nicht nur bei der PDS wieder auf, sondern auch bei vielen Anhängern der alten linken Oppositionellen.

Kirchliches Selbstverständnis

Im kirchlichen Selbstverständnis spiegeln sich Elemente einer wechselvollen Geschichte der Kirche in der DDR und ihres Verhältnisses zu Staat und Gesellschaft wider. Die vierzig Jahre der Kirche in der DDR sind mehr oder weniger von Konfrontation geprägt. Es war ein Existenzkampf, der der Kirche durch die Ideologie und durch den absoluten Machtanspruch der Partei der SED aufgezwungen wurde und viel Kraft gekostet hat. In den Augen der Bischöfe stan-

den immer die Erhaltung der Einheit und das Überleben der Kirche im Mittelpunkt. Sie wollten die Einheit nicht gefährden und den Gläubigen keine Überforderungen zumuten (so etwa bei Einberufungen in die Nationale Volksarmee, beim Fahneneid und bei den mehrfach veränderten Einstellungen zur Jugendweihe), trauten ihnen vielleicht auch zu wenig zu und waren besorgt um die Erhaltung und den Zusammenhalt der Kirche als eine kleine, aber feste Gemeinschaft, in der die Gemeinden in der Tat treu zu ihren Priestern und Bischöfen hielten. Es gab aber nicht nur Einheit und Einigkeit unter den Bischöfen und mit den Bischöfen über den politischen und gesellschaftlichen Kurs der Kirche. So wurde zum Beispiel und wird bis heute dem Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz, dem Berliner Erzbischof Kardinal Alfred Bengsch, vorgeworfen, er sei in seiner klaren kirchenpolitischen Einstellung und Haltung doch zu zögerlich und zu zaghaft gewesen, habe die erkannten Spielräume nicht genügend genutzt, durch eine ängstliche Bewahrungsmentalität die Kirche in einem Gettodasein gehalten und zu wenig an christlichem Mut in der Gesellschaft eingefordert. Im Ganzen habe es dieser Kirche an missionarischem Geist gefehlt. Die Festungsmentalität, das Sich-Einbunkern der Gemeinden und das Warten auf bessere Zeiten habe den Blick über die eigenen engen Kirchenmauern hinaus verhindert.

Die Kirche in der DDR war eine bischof- und priesterzentrierte Kirche, in der sich die Gemeindeglieder in eine Nest- und Nischenatmosphäre zurückziehen und zugleich so etwas wie ein elitäres Bewusstsein gegenüber den Kommunisten entwickeln konnten. Man fühlte sich als Christ als etwas Besonderes, auch wenn man von den Kom-

munisten als rückständig beurteilt wurde. Natürlich entwickelte sich in dieser Situation, wo Geschlossenheit gefordert war, weder viel Mut nach außen noch so etwas wie eine innerkirchliche Streitkultur. Der Art und Weise, wie man sich im Westen stritt und über die Kirche redete, begegneten die Katholiken im Osten eher mit Zurückhaltung, wenn nicht gar mit Befremden und Ablehnung.

Es ist wahr, dass in dieser Zeit viele Menschen unter dem Druck der Verhältnisse gelitten haben; es ist auch wahr, dass Bischöfe sich für viele, die in Not und in politische Bedrängnis geraten waren, eingesetzt haben; aber wahr ist auch, dass, wie bedrückend und belastend die Situation auch war, in der DDR keiner zum Märtyrer werden musste. Mit ein wenig Mut und mit der Bereitschaft zum Verzicht auf leitende Positionen gab es auch hier viele Möglichkeiten gesellschaftlichen Handelns und in der Tat auch ein wachsendes Bewusstsein von kirchlich gesinnten und ökumenisch verbundenen Christen, die sich, je mehr die Entwicklung auf eine nicht mehr zurückzuschraubende Veränderung in Gesellschaft und Staat hinauslief, auch zusammenfanden, miteinander diskutierten, füreinander eintraten und gemeinsam beteten und zur Verwunderung für viele Außenstehende eine echte ökumenische Gemeinschaft bildeten.

Flächendeckender Volksatheismus

Nimmt man alle diese Fakten und Faktoren zusammen, so kann man auf die Frage nach den Gründen und Ursachen der Entwicklung der Kirche resümieren, dass der von Ehrhart Neubert als „DDR-eigener Super-GAU der Kirche“ charakterisierte Zustand dieser Kirche zwar nicht ohne tatkräftige

Hilfe der kommunistischen Religionspolitik geschehen ist – dies wird nicht selten fälschlicherweise als einzige Ursache herausgestellt – aber letztlich doch auf einem ganzen Bündel geistesgeschichtlicher, konfessionsspezifischer und milieubedingter Ursachen beruht. Sie alle haben zusammen zur Ausbildung eines atheistischen Milieus geführt, in dem das Thema Gott irrelevant ist, so dass Eberhard Tiefensee von „Volksatheismus“ spricht und (freilich etwas süffisant) meint: „Die ehemalige DDR ist inzwischen so atheistisch, wie ein bayrisches Dorf katholisch ist, und damit bisher hoch resistent gegen Missionsversuche aller Art.“ Die entscheidende Frage, die sich uns im Anschluss an den historischen Rückblick und an die hier aufgezeigte Situationsanalyse in den neuen Ländern heute stellt, lautet: Wie können wir mit dieser Situation umgehen? Haben Religion, Glaube und Kirche in der von Eberhard Tiefensee diagnostizierten Subjektivierungs- und Okzidentierungskrise der Gesellschaft und des flächendeckenden Volksatheismus in den neuen Bundesländern überhaupt noch eine Chance, oder ist diese Chance, sofern sie besteht, eine Herausforderung, die von vornherein eine Überforderung ist?

Neue Gewissheit

Es spricht vieles dafür, dass die Bischöfe der Ostregion und mit ihnen trotz mancher Resignation auch viele Glaubende in den neuen Ländern von einer Zukunft für Kirche und christliches Handeln überzeugt sind. Eines der vielen äußeren Zeichen solchen Vertrauens ist die Tatsache, dass sich mit der politischen Wende sofort viele Katholiken in die politische und gesellschaftliche Verantwortung nehmen ließen und in den Ämtern und Kommunen zur politischen und ge-

sellschaftlichen Mitwirkung bereit waren. Hier konnten sie die Erfahrungen einbringen, die sie in den kirchlichen Gruppen und Gemeinschaften gewonnen hatten.

Ein weiteres Zeichen dieses Vertrauens ist, dass schon relativ bald nach der Neukonstituierung der östlichen Länder neue Diözesen (Magdeburg und Erfurt) errichtet und in allen fünf Ländern Verträge mit den Landesregierungen geschlossen werden konnten.

Darüber hinaus haben die Bischöfe dieser Region sich zu einer Regionalbischofskonferenz zusammengeschlossen, um den spezifischen Anliegen und Herausforderungen dieses Raumes besser gerecht werden zu können. Sie haben ferner dafür Sorge getragen, dass hier Schulen in kirchlicher Trägerschaft, katholische Akademien und neue Lehrstühle für das Philosophisch-Theologische Studium in Erfurt errichtet wurden. Diese Universität war vom letzten Minister für Wissenschaft und Kunst der DDR, Hans Joachim Meyer, zur staatlich anerkannten Hochschule erhoben worden. Die Bischöfe haben ferner daran mitgewirkt, dass weitere Zentren der Ausbildung von Lehrern zu Religionslehrern und eine Fülle von karitativen und diakonischen Einrichtungen entstehen konnten; sie haben unmittelbar nach der Wende den diözesanen und überdiözesanen Laiengremien Raum gegeben. Die Bischöfe haben überdies in Übereinstimmung mit der gesamten Deutschen Bischofskonferenz ihre Zustimmung dazu gegeben, dass an der wieder gegründeten Universität Erfurt eine katholische theologische Fakultät errichtet werden sollte, damit die katholische Theologie, die durch die kommunistische Herrschaft mehrere Jahrzehnte aus der Öffentlichkeit verbannt war, jetzt wieder öffentlich im Kreis der anderen Wissenschaften tätig sein und an dem

Diskurs der modernen Welt teilnehmen kann.

Bei alledem, was zehn Jahre nach der friedlichen Wende von 1989 von unseren Bischöfen und von vielen anderen Experten über die bisherige Entwicklung und über die Hoffnung für die Zukunft der Kirche in der Gesellschaft der neuen Bundesländer gesagt wird, muss aber immer auch berücksichtigt werden, dass die politische Wende für jeden Einzelnen, für jede Gemeinde und für die Kirche insgesamt ein gewaltiger Umbruch war, der weitaus schwieriger zu bewältigen war, als diejenigen sich vorstellen können, die als Zuschauer, nicht aber als Akteure involviert waren. Die bloßen Beobachter können manchmal nicht verstehen, dass die Menschen im Osten nicht denen aus dem Westen permanent tiefen Dank erweisen für die staatlichen Hilfen.

Anforderungen des Umbruchs

Es muss berücksichtigt werden, dass die Gesellschaft in Ost und West gar nicht schneller und enger, als es bisher geschehen ist, zusammenwachsen konnte und möglicherweise dafür noch einen Zeitraum von mehr als zwei Generationen benötigen wird; dazu müssen aber beide Seiten aufeinander zuwachsen. Beachtet werden muss auch, dass es in den Jahren nach der Wende viele gab und gibt, die fast ihre ganze Biografie neu schreiben beziehungsweise umschreiben und Kehrtwendungen vollziehen mussten, die wahrlich eine Überforderung darstellen und auch nicht wenige überfordert haben: Politische, wirtschaftliche, berufliche, soziale, familiäre und persönliche Probleme häuften sich in den Jahren nach der Wende in ungeahntem Maße. Viele davon habe ich miterlebt in der Personalkommission zur Überprüfung der Medizinischen Akademie

Erfurt, in der Kommission zur politischen Überprüfung der Thüringer Polizei und jetzt als Beirat der Gauck-Behörde in Berlin zur Überprüfung der Stasi-Unterlagen.

Zu den vielfachen Belastungen der Menschen in den neuen Ländern kommt hinzu, dass die östliche Gesellschaft zu den Problemen, die sie ohnehin schon mit sich selbst hatte, auch noch die Probleme der Gesellschaft zu bewältigen hatte, der sie beigetreten war: neue Unübersichtlichkeit, Beliebigkeit, Orientierungsunsicherheit, Ellenbogengesellschaft, Erlebnisgesellschaft, Spaßgesellschaft, Individualismus, Subjektivismus, Relativismus, Fundamentalismus und vieles mehr. Nach der Wende überschwemmten Flutwellen von Händlern, Kaufleuten, Wirtschaftlern, Politikern, Vertretern von Gruppen, Verbänden und Gesellschaften, auch von kirchlichen Gruppen das Land. Sie brachten die ihnen genehmen Leute, von den Pfadfindern bis zu den Grauen Panthern, mit in ihre Gruppen und Verbände und rissen zum Erschrecken der Pfarrer die ohnehin kleinen und mühsam behüteten Gemeinden auseinander, so dass viele Pfarrer, die in der Wende ohnehin so manches gute Gemeindeglied an den Westen oder an die Politik abtreten mussten, jetzt aus ganz anderen Gründen als in der sozialistischen Zeit (damals gegen den Kommunismus, jetzt gegen den Pluralismus) ihre Gemeinden zusammenzuhalten suchten. Dadurch waren sie natürlich auch zu wenig offen für neue Entwicklungen und neue Chancen zur Bewältigung solcher gesellschaftlicher Erfordernisse wie Religionsunterricht an Schulen, Mitarbeit von Gemeindegliedern in anderen Gre-

mien, in der Politik und in anderen überpfarrlichen diözesanen und überdiözesanen Gremien und Gemeinschaften.

Westdeutsche „Überfremdung“

Dieser Prozess des Umdenkens und der Umgestaltung zu einem innerkirchlichen wie gesellschaftlichen Pluralismus hin steht heute noch sehr in den Anfängen und ist keineswegs vor Rückschlägen gefeit, zumal in der Gesellschaft das Urteil verbreitet ist, dass mit der Wende zwar die Marktwirtschaft und der Rechtsstaat kamen, nicht aber Gerechtigkeit und Recht. Politisch führte das zur Anklammerung vieler Bürger an die PDS und deren Beschwörungen vom Zusammenhalten der früheren DDR-Bürger gegen die westdeutsche „Überfremdung“.

Kirchlich besteht in Ostdeutschland die Tendenz, die DDR-bedingte Festungsmentalität nun gegenüber der pluralen Gesellschaft neu zu stärken und die Kirchgemeinden weiterhin als Fluchtburgen anzusehen, in deren Ummauerung noch am ehesten ein gemeinsamer Nenner der Ansichten und Lebensentwürfe zu finden ist (Eberhard Tiefensee).

Die Mauern in den Köpfen niederzureißen und die Verhärtungen der Herzen aufzubrechen ist eine der notwendigsten Aufgaben von Kirche und Gesellschaft. Das braucht Zeit, Geduld und Gelassenheit. Nicht nur die Kirche in unserer Republik, sondern auch die deutsche Gesellschaft wird erst dann eine Einheit sein, wenn sie sich zu einer Einheit in Vielfalt entwickelt hat. Das dürfte nach allem, was wir gegenwärtig erleben, noch ein relativ weiter Weg sein.